

Philippinen

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Militärausgaben	11
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	13
Bewaffnung der Streitkräfte	15
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	20
Polizei und andere Sicherheitskräfte	21

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	24
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	24
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	25
Innere Lage im Empfängerland	29
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	32
Bedrohung von Alliierten	33
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	33
Unerlaubte Wiederausfuhr	36
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	37

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Die philippinische Rüstungsindustrie ist insbesondere auf die Produktion von Klein- und Leichtwaffen sowie Munition für die eigene Armee und den Export spezialisiert; die Regierung unternimmt jedoch seit einigen Jahre gezielte Anstrengungen das Land von ausländischen Lieferungen unabhängiger zu machen und baut daher die Kapazitäten der eigenen Rüstungsindustrie über eine Vielzahl von strategischen Kooperationen immer weiter aus.

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: April 2025) nahmen die Philippinen zwischen 2020 und 2024 die 27. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. In diesem Zeitraum war Südkorea wichtigster Rüstungslieferant, gefolgt von Israel, den USA, der Türkei und Deutschland. Die Philippinen sind ein regelmäßiger, wenn auch kein bedeutender, Empfänger deutscher Rüstungsgüter. In der Regel werden jährlich lediglich Güter im Wert von unter einer Millionen Euro ausgeführt; in Ausnahmefällen (2018 und 2020) werden Exportvolumina im niedrigen zweistelligen Millionenbereich erreicht. Immer wieder wurden auch Rüstungsexporte an das Land abgelehnt, in der Regel unter Verweis auf die Kriterien zwei (Achtung der Menschenrechte), drei (Innere Lage im Empfängerland) und sieben (Risiko der Abzweigung).

Seit 2007 oszilliert die philippinische Sicherheitspolitik, je nach amtierendem Präsidenten, zwischen Hinwendung zu den USA und zu China. So kündigte zuletzt Rodrigo Duterte im Jahr 2020 bspw. eines von drei wichtigen und historischen Kooperations-Abkommen, das „Armed Forces Visiting“-Abkommen, mit den USA auf. Trotz der pro-chinesischen Politik des ehemaligen Präsidenten Duterte erhöhten sich also nach wie vor die Spannungen im südchinesischen Meer und das Land hält nach wie vor Militärmanöver mit den USA ab. 2023 startete die letzte Modernisierungsphase (Horizon 3), die bis 2028 laufen soll. Prioritäten liegen dabei auf der Stärkung der Marine und der Luftwaffe.

Das Heer hat bei der Bekämpfung Aufständischer eine besondere Rolle. Daher ist die Ausstattung eher auf Flexibilität und Mobilität ausgelegt. Der allgemeine Zustand des philippinischen Heeres ist jedoch trotz vergangener Modernisierungsbemühungen eher schlecht. Die philippinische Marine ist besonders mit schnellen Patrouillenbooten und Amphibienfahrzeugen, die der Geografie des Landes gerecht werden, ausgestattet. Nach der neuen Sicherheitsstrategie kommt der maritimen Sicherheit bzw. der Sicherung der maritimen Interessen eine größere Rolle zu. Dementsprechend zielt die Modernisierungsinitiative auf die Küstenverteidigung und die Verbesserung der maritimen Fähigkeiten ab. Die Luftwaffe befindet sich allgemein in einem desolaten Zustand und auch die Servicekapazität ist als schlecht zu bewerten, ist aber – wie die Marine – Objekt des Modernisierungsprogramms.

Unter der Präsidentschaft von Duterte zwischen 2016 und 2022 kam es zur systematischen Verfolgung und rechtswidriger Tötung von Menschen durch die nationale Polizei. Duterte kündigte schon in seinem Wahlkampf einen „war on drugs“ und eine Verfolgung von Drogensüchtigen an. Während seiner Amtszeit kam es nach Polizeiangaben zur Tötung von 7.000 und nach Angaben von NGOs, die auch vermummte Erschießungskommandos miteinbeziehen, zur Tötung von 30.000 Menschen – teils auch von Minderjährigen. 2023 nahm der Internationale Strafgerichtshof das Ermittlungsverfahren bezüglich der Tötungen im Rahmen der Antidrogen-Kampagne gegen die Regierung der Philippinen wieder auf und 2024 wurden

rund 900 Polizist:innen als Folge unrechtmäßigem Handeln aus dem aktiven Dienst entlassen und weitere rund 2.700 Beamt:innen erhielten dienstliche Sanktionen. Trotzdem ist das Vertrauen in die Polizei dem [World Value Survey](#) (2017- 2020) zufolge hoch.

Die philippinischen Streitkräfte (AFP) nehmen eine wichtige Rolle innerhalb der philippinischen Gesellschaft ein. Trotz ihrer geringen militärischen Kapazität sind die AFP eine zentrale Machtstütze der Regierung. Die anhaltend starke Verschränkung zwischen Militär und Gesellschaft geht auf die Zeit von Ferdinand Marcos zurück. Auch unter der Regierung Duterte spielte das Militär eine gewichtige innenpolitische Rolle. So wurde die Rolle des Militärs im „Krieg gegen die Drogen“ ausgeweitet und auch zur Durchsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie eingesetzt. Mit 77 Prozent erreicht das Militär einer Umfrage des World Value Survey 2017-2020) zufolge hohe Vertrauenswerte.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Hinsichtlich den EU-Exportkriterien zu Militärtechnologie zeichnet sich ein in den Philippinen ein problematisches Bild ab. Im Zuge der Jahrzehnte andauernden Konflikte sind immer wieder die beteiligten Parteien, sowohl die Regierung als auch die zahlreichen Sezessionsbewegungen, massiver Menschenrechtsverletzungen beschuldigt worden. Insbesondere beim Kampf der Regierung gegen die kommunistischen Gruppierungen kam es immer wieder zu zahlreichen und erheblichen Menschenrechtsverletzungen. Die größten Menschenrechtsprobleme auf den Philippinen betreffen außergerichtliche Tötungen durch nationale, regionale und lokale Beamt:innen sowie durch Aufständische. Weitere gravierende Menschenrechtsverletzungen betreffen Folter und Missbrauch von Häftlingen durch die Sicherheitskräfte, Gewalt gegen Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen sowie das Verschwinden von Personen und Vertreibungen. Besonders betroffen sind die Menschen in der Region Mindanao, in der seit 1972 ein Konflikt zwischen der Regierung und separatistischen Rebell:innen ausgetragen wird und beide Parteien sich zahlreicher Menschenrechtsverbrechen, wie Massentötungen, schuldig gemacht haben. Dieser Konflikt gilt als einer der am längsten andauernden bewaffneten Konflikte in Südostasien. Fünf Jahrzehnte nach seinem gewaltsamen Ausbruch leidet die Zivilbevölkerung nach wie vor unter regelmäßigen bewaffneten Auseinandersetzungen, unterbrochen von nur mehr oder weniger effektiven Waffenstillstandsvereinbarungen zwischen den Rebell:innenarmeen (zuerst der Moro National Liberation Front (MNLF), später der Moro Islamic Liberation Front (MILF)) und dem philippinischen Militär (AFP). Zudem gibt es zahlreiche Splittergruppierungen und (Familien-)Clans, die zunehmend Einfluss auf das Konfliktgeschehen nehmen.

Die Anti-Terror Operationen, häufig unterstützt durch die USA, haben in den letzten Jahren zu einer Schwächung der Abu Sayyaf Gruppe (ASG) geführt, konnten die Gruppe jedoch nicht zerschlagen. Dennoch bleiben die grundlegenden Ursachen des Konflikts, wirtschaftliche Rückständigkeit gegenüber dem katholischen Norden, mangelnde Chancengleichheit, fehlende Bildungsmöglichkeiten und sozioökonomische und machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Ethnien, weiter ungelöst.

Die Filipinos und Filipinas befinden sich in einer angespannten Weltregion, die zahlreichen Konfliktarten ausgesetzt ist, die die allgemeine Stabilität bedrohen: Bedrohung der Seewege durch Piraterie, aufstrebender islamistischer Terrorismus und zahlreiche innerstaatliche Konflikte. Das wohl größte zwischenstaatliche Konfliktpotential besteht in dem ungelösten

Konflikt um die Paracel- und Spratly-Inseln, die von Brunei, der VR China, Malaysia, den Philippinen, Taiwan und Vietnam beansprucht werden. Problematisch ist, dass mit Ausnahme von Brunei alle anderen Staaten Teile des Inselarchipels besetzt halten und so eine Lösung verkomplizieren.

Viele umliegende Staaten haben innere Konflikte, so Myanmar und Indonesien. Häufige Ursachen der Konflikte sind neben sozioökonomischen Spannungen insbesondere Machtfragen sowie Terrorismus. Die Bombenanschläge von Bali 2002 in Indonesien haben die Stabilität der gesamten Region erschüttert und zu einem verstärkten Kampf gegen den internationalen Terrorismus geführt. Darüber hinaus führen die innerstaatlichen Konflikte zur Entstehung regelrechter Bürgerkriegsökonomien, die den Drogenhandel und andere illegale Aktivitäten fördern.

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 4.320 US-Dollar gelten die Philippinen als „lower-middle income country“. Der Staat weist keine außergewöhnlich hohe Auslandsverschuldung oder besondere Abhängigkeiten (etwa von Entwicklungsgeldern oder speziellen Sektoren) auf – die Wirtschaft gilt als mittelgradig diversifiziert, mittelmäßig wettbewerbsfähig und relativ krisenfest. Soziale Stressoren bestehen keine. Vulnerabel sind die Philippinen jedoch in Bezug auf Naturkatastrophen. Stabile Wachstumsraten lassen vermuten, dass das Land in naher Zukunft zu einem „upper-middle income country“ aufsteigen könnte. Auch die soziale Entwicklung liegt mit einem HDI-Wert von 0,710 nur ganz knapp unter der HDI-Kategorie Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. In den vergangenen Dekaden konnten große Fortschritte hinsichtlich wichtiger Indikatoren erreicht werden. Eine jüngste Stagnation hinsichtlich einiger Ziele ist vermutlich auf die Covid-19 Pandemie zurückzuführen. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben gelten mit 4,4 % bzw. 3,6 % am BIP nicht als besonders hoch – im Hinblick auf die niedrigen Militärausgaben (1,2 %) aber auch nicht als unangemessen niedrig. Eine Gefahr, dass überhöhte Militärausgaben die Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen ist derzeit nicht gegeben.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

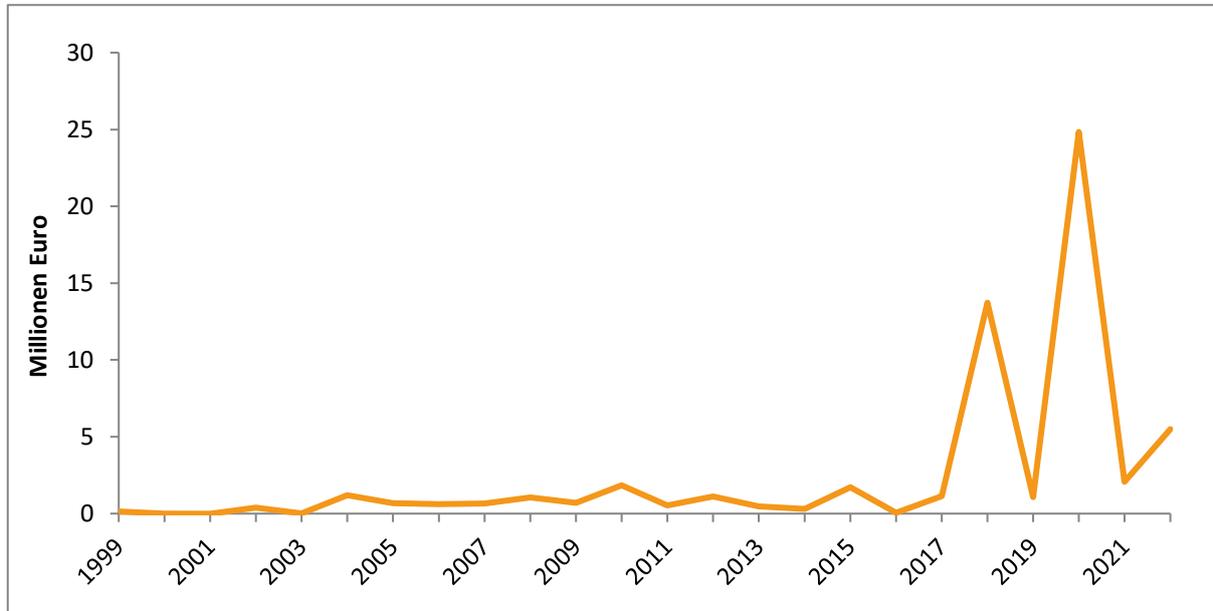
Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Revolver und Pistolen: 100%	0,13
2000	Revolver und Pistolen: 100%	0,0002
2001	Sportpistolen und -revolver: 100%	0,0025
2002	Übungsschießgeräte und unterkalibrige Übungsmunition: 94,3%	0,38
2003	Panzerplatten: 100%	0,02
2004	Navigationssysteme, inkl. -teile: 81,9% Übungspatronen: 13,3%	1,2
2005	Trainingsflugzeuge: 53% Geländewagen: 39,5%	0,67
2006	Geländewagen: 85,3%	0,61
2007	Gewehre, Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Scharfschützengewehre, Pistolen, Sportgewehre, Schalldämpfer, Waffenzielgeräte und Teile für Gewehre, Maschinengewehre: 100%	0,65
2008	Maschinenpistolen, Pistolen: 85%	1,06
2009	Sekundärradarsystem: 97,3% Maschinenpistolen, Gewehre mit KWL-Nummer, Pistolen, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Pistolen: 65,5% Teile für elektronische Ausrüstung: 33,6%	0,71
2010	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 53,3% Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Schalldämpfer und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen: 34%	1,84
2011	Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer: 75,5% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 9,3%	0,53
2012	Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Maschinengewehre: 58% Übungspatronen für Artillerie- Trainingssystem: 36,8%	1,11
2013	Munition für Waffenübungsgeräte: 91,9%	0,47
2014	Teile für Transportflugzeuge und Hubschrauber: 77,9% Mörser-Trainingssysteme: 21,8%	0,31
2015	Teile für Kampfflugzeuge und Transportflugzeuge: 91,9%	1,72

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 78,5% Teile für Transportflugzeuge: 11,8%	0,06
2017	Fallschirme und Teile für Hubschrauber, Fallschirme: 73,2% Teile für Zielerfassungssysteme: 24,3%	1,13
2018	Zielerfassungssysteme, Prüfausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Zielerfassungssysteme: 73,0% Elektronische Ausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Navigationsausrüstung: 26,4%	13,73
2019	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung: 62,7% Teile für Abfeuerausrüstung: 30,2%	1,08
2020	Flugkörper und Teile für Flugkörper: 65,2% Unterwasserortungsgeräte und Teile für Unterwasserortungsgeräte: 27,5%	24,84
2021	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 48,4% Teile für Kampfschiffe: 43,1%	2,08
2022	Scheinzielpatronen: 69,8 % Elektronische Ausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung: 28,4 %	5,51
2023	Elektronische Identifizierungsausrüstung (inkl. Testausrüstung) [See-/Luftraumüberwachung]: 43,5% Elektronische Identifizierungsausrüstung: 39,8%	5,125

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1**Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023****Kommentar**

Die Philippinen sind ein regelmäßiger, wenn auch kein bedeutender, Empfänger deutscher Rüstungsgüter. In der Regel werden pro Jahr lediglich Güter im Wert von unter einer Millionen Euro ausgeführt; in Ausnahmefällen (2018 und 2020) werden Exportvolumina in niedrigen zweistelligen Millionenbereich erreicht. Deutschland ist für die Philippinen allerdings ein wichtiger Lieferant. Ausgeführt wurden in den letzten zehn Jahren u. A: Teile für Transportflugzeuge und Hubschrauber (2014), Teile für Kampflugzeuge und Transportflugzeuge (2015), Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung (2016), Fallschirme und Teile für Hubschrauber (2017), Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung sowie Verschlüsselungsausrüstung (2019), Teile für gepanzerte Fahrzeuge (2021), Scheinzielpatronen (2022) und Elektronische Identifizierungsausrüstung bzw. Elektronische Identifizierungsausrüstung (2023). Mit einem Gesamtwert von 13,73 bzw. 24,84 Millionen fallen die Jahre 2018 und 2020 aus dem üblichen Rahmen. In diesen Jahren wurden Zielerfassungssysteme, Prüfausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Zielerfassungssysteme bzw. Flugkörper und Teile für Flugkörper sowie Unterwasserortungsgeräte und Teile für Unterwasserortungsgeräte geliefert. SIPRI zufolge handelte es sich bei den Flugkörpern um AIM-9L/I Sidewinder.

Immer wieder wurden zuletzt auch Rüstungsexporte an das Land abgelehnt; in der Regel unter Verweis auf die Kriterien zwei (Achtung der Menschenrechte), drei (Innere Lage im Empfängerland) und sieben (Risiko der Abzweigung). So verweigerte die Bundesregierung 2020 fünf Ausfuhren im Wert von 33.919 Euro, 2021 eine Ausfuhr mit unbekanntem Volumen und 2022 insgesamt drei Ausfuhren im Wert von knapp einer Millionen Euro.

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland an die Philippinen 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
5	Bell-205/UH-1D	Hubschrauber	(2013)	2013	5	Gebraucht
4	MAN-8LX27/38	Dieselmotor	2014	2016-2017	4	Neuwertig
8	MTU-1163	Dieselmotor	(2017)	2020-2021	8	Neuwertig
(130)	AIM-9L/I Side-winder	Kurzstrecken-Luft-Luftrakete	(2017)	2019-2020	(130)	Neuwertig
2	TRS-3D	Luft-/Meeressuchradar	(2017)	2020-2021	2	Neuwertig
(3)	Hunter	Radar zur U-Boot-Abwehr	2019	2023	(1)	Neuwertig
(20)	MTU 8V199-TE20	Dieselmotor	2021	2022-2023	(10)	Neuwertig
2	MT883Ka	Dieselmotor	2021	2022	2	Neuwertig
4	MAN-8LX27/38	Dieselmotor	(2022)			Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen an die Philippinen 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	350	331	280	125	238	1323

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

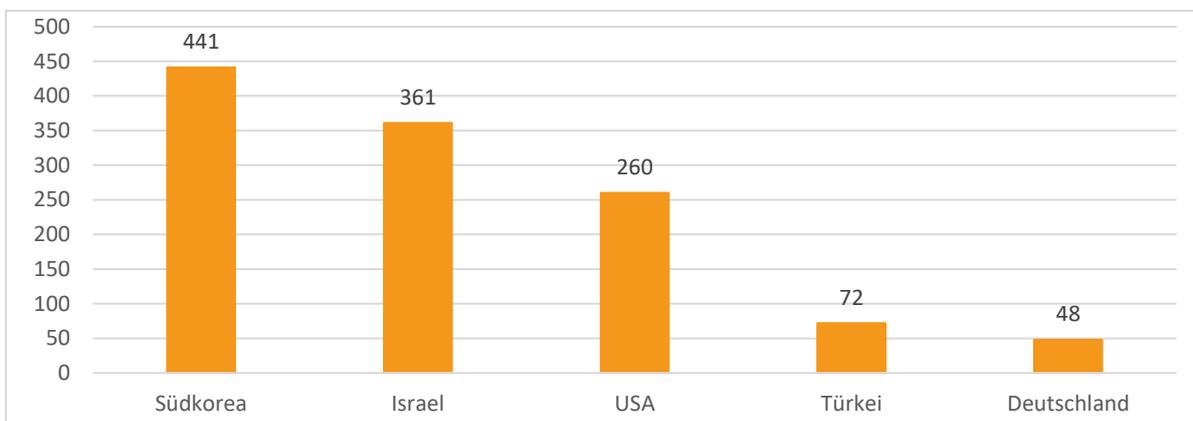
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen an die Philippinen 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	24	16	1	7		48

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Juli 2025) nahmen die Philippinen zwischen 2020 und 2024 die 27. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. In diesem Zeitraum war Südkorea wichtigster Rüstungslieferant der Philippinen, gefolgt von Israel, den USA, der Türkei und Deutschland. Südkorea nahm speziell im Hinblick auf maritime Rüstungsgüter eine Sonderrolle ein, die USA lieferten vornehmlich Ausrüstung für die Luftfahrt. Deutschland lieferte vornehmlich Munition, Marinetechnik und Motoren an die Philippinen.

Aus **Südkorea** bezog das Land insbesondere Schiffe und Waffensysteme für die Marine. So erhielten die Philippinen 2021 eine zweite Korvette der Pho Hang Klasse (Schenkung und gebraucht), um die Offshore Combat Force (OCF) der philippinischen Marine zu stärken. Zwischen 2020 und 2021 wurden im Zuge des „Deep Water Patrol Vessel Programme“ zwei Fregatten des Typs HHI-2600 (Wert: 311 Mio. USD) importiert. Zusätzlich überreichte Südkorea den Philippinen – wieder als Schenkung – ein gebrauchtes Landungsschiff des Typs LCU-1610. Darüber hinaus lieferte Südkorea 15 C-STAR (Schiffsabwehrraketen) sowie 12 K-745 Torpedos sowie seit 2015 insg. 12 Kampfflugzeuge vom Typ FA-50 und acht gepanzerte Mannschaftstransporter.

Aus **Israel** erhielten die Philippinen bspw. neun Hermes-900 und vier -450 Drohnen, zwei neuwertige Merkava-AVLB-Brückenlegepanzer, 15 gebrauchte M-106A3-Mörserfahrzeuge (auf 122 mm umgerüstet) sowie zwölf neue ATMOS-2000-Haubitzen (155 mm, Deal: 47 Mio. USD). Im Rahmen des „Fast Attack Interdictor Craft-Missile“-Programms wurden fünf Shaldag-Mk-5-Patrouillenboote (ca. 1,8 Mio. USD) und vier weitere Shaldag-Raketenboote (Lizenzbau in den Philippinen, Lieferung bis 2024) beschafft. Für das „Light Tank Acquisition Project“ (172 Mio. USD Deal) bestellte Manila 18 Sabrah-Panzer (erste neun bis 2023 geliefert) sowie fünf UT-25/UT-30-Türme für einen spanischen ASCOD- und vier belgische M-113A2-Schützenpanzer. Zudem wurden drei SPYDER-MR-Luftabwehrsysteme (125 Mio. USD) inkl. je 125 I-Derby-ER- bzw. Python-5-Raketen geliefert. Daneben erhielten die Philippinen diverse weitere Raketen und verschiedene Radarsysteme.

Zwischen 2020 und 2024 waren die **USA** der drittgrößte Rüstungslieferant der Philippinen und lieferten vor allem Luftwaffenausrüstung. 2020 kamen vor allem Lenkwaffen: Wahrscheinlich jeweils 100 neuwertige WGU-59 APKWS Luft-Boden-Raketen und 100 BGM-71 TOW-Panzerabwehrraketen (letztere als Unterstützung gestiftet) sowie die letzten Exemplare von 125 AGM-65 Maverick für FA-50-Kampfflugzeuge. Die USA schenkten 2018 und 2021 sechs bzw. acht ScanEagle-2 Drohnen an die Philippinen (Wert: rund 30 Mio. USD). Zudem lieferten die USA zwei EDO-997 Anti-U-Boot-Sonaren (zur Integration in zwei südkoreanische HHI-2600-Fregatten) und bisher 26 von 48 geordneten S-70i Black Hawk aus polnischer Produktionslinie (im Wert von 867 Mio. USD) im Rahmen des CUH-Programms. Daneben erhielten die Philippinen seit 2016 vier C-130H Hercules Transportflugzeuge, drei Cessna-208 Caravan (leichte Transportflugzeuge, teilweise aber als Aufklärer), drei gebrauchte Patrouillenboote (Cyclone und Hamilton) sowie 114 gepanzerte Mannschaftstransporter (M-113), eine Reihe erschiedener Motoren und Triebwerke.

An vierter Stelle der wichtigsten Rüstungslieferanten lag zwischen 2020 und 2024 die **Türkei**. Dies ging auf die Lieferung sechs Kampfhelikopter (T-129B ATAK) inkl. 150 CIRIT Luft-Boden-Raketen (Deal über 270 USD), sowie jeweils sechs Pionierpanzer (Kunduz) und Schützenpanzer-Türme (Saber; zur Modifikation von philippinischen ACV-300) zurück.

An **fünfter Stelle lag Deutschland im aktuellen Zeitraum**, aus welchem die Philippinen vor allem Material für die Marine bezogen. Zum Einbau in zwei südkoreanische Rizal-Fregatten lieferte Deutschland zwischen 2020 und 2021 acht MTU 12-V-1163 Dieselmotoren und zwei TRS-3D Luft-/Seesuchradare. Seit 2019 lieferte Deutschland außerdem 130 AIM-9L/I Sidewinder Kurzstrecken Luft-Luft-Raketen für den Einsatz auf F/A-50 Kampfflugzeugen, drei Hunter-Anti-U-Boot-Radare sowie 26 weitere Motoren, u.a. zum Einbau in israelische Sabrah-Panzer und Merkava-Brückenlegepanzer sowie eine indonesische Landungsplattform.

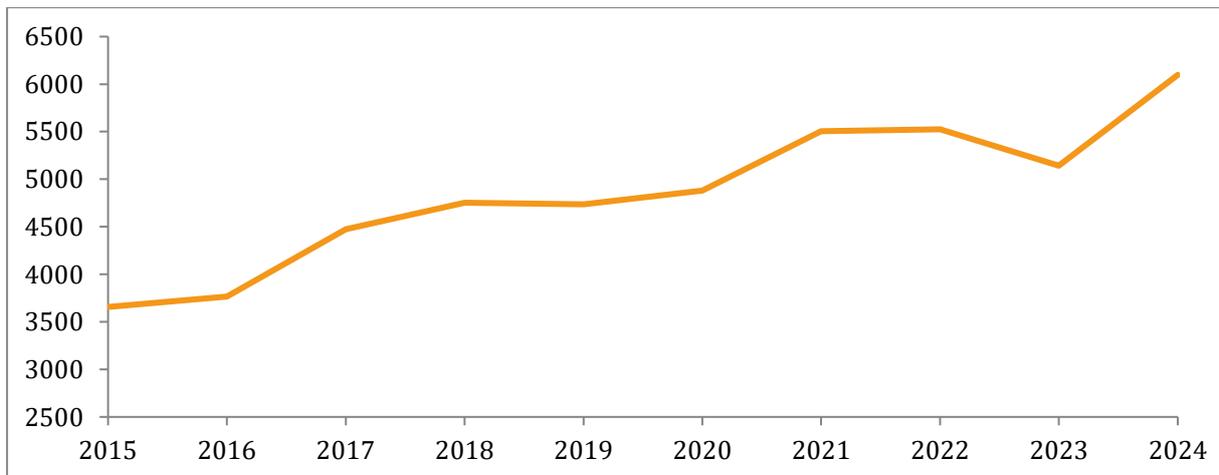
Militärausgaben

Tabelle 5
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

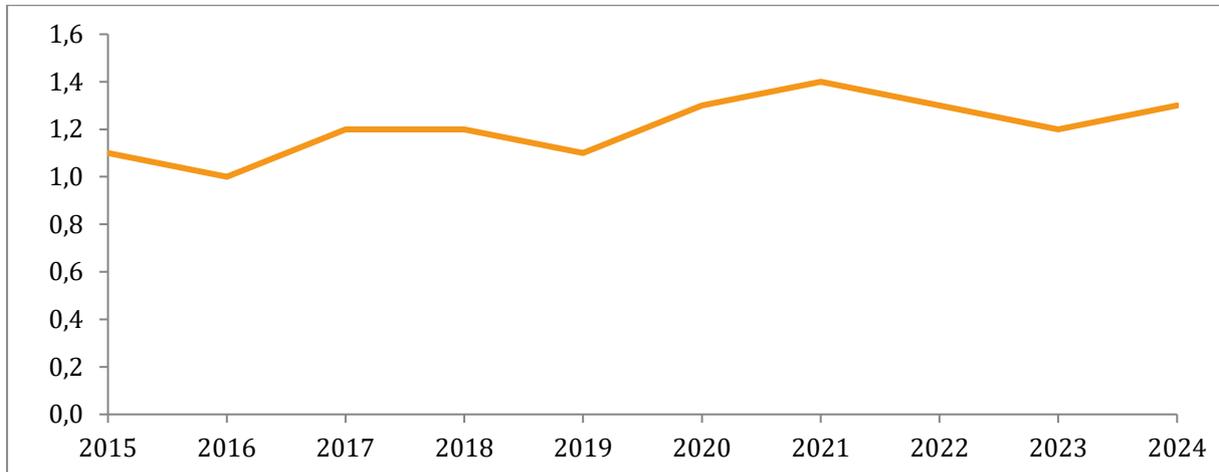
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4879	5505	5524	5143	6097
Anteil am BIP (in Prozent)	1,3	1,4	1,3	1,2	1,3
Anteil an Staatsausgaben: (in Prozent)	5,0	5,2	5,1	4,8	5,4

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3
Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die philippinische Rüstungsindustrie ist insbesondere auf die Produktion von Klein- und Leichtwaffen sowie Munition für die eigene Armee und den Export spezialisiert; die Regierung unternimmt jedoch seit einigen Jahren gezielte Anstrengungen das Land von ausländischen Lieferungen unabhängiger zu machen und baut die Kapazitäten der eigenen Rüstungsindustrie über eine Vielzahl von strategischen Kooperationen immer weiter aus.

Hier sind beispielsweise die Unternehmen Armscor Global Defense Inc., die Floro-Unternehmensgruppe und Government Arsenal zu nennen. Daneben wurde jedoch auch der gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ SIMBA vom britischen Unternehmen GKN Defence Ltd. in Lizenz produziert, was verdeutlicht, dass die Kapazitäten zum Teil auch über den Klein- und Leichtwaffenbereich hinausgehen. Bereits im Juni 2006 wurden neue Anstrengungen der philippinischen Regierung deutlich, die Rüstungsindustrie unabhängiger und die philippinischen Teilstreitkräfte weniger abhängig von äußeren Versorgungen (Munition, Waffen und militärische Fahrzeuge) zu machen. Im Zuge dessen unterzeichneten vier staatliche Stellen ein „Memorandum of Understanding“, das zum Ziel hat, Anstrengungen zu bündeln und die staatliche Rüstungsindustrie eigenständig zu machen. 2021 wurde außerdem eine verstärkte Kooperation im Bereich Offshore-Patrouillenschiffen mit Thailand und eine Reihe weiterer Kooperationen bekannt, bspw. mit Indien und Polen. [Im selben Jahr](#) kündigten die Philippinen an, etwa sieben bis acht Militärgelände (etwa in Fort Bonifacio, Camp Evangelista und Maguindanao) in verteidigungsindustrielle Komplexe umwandeln zu wollen. 2024 wurde der Beschluss kodifiziert. Diese als „Special Defence Economic Zones“ bezeichneten Komplexe sollen mithilfe von Steuer- und Zollerleichterungen ausländische Firmen dazu anregen, in die philippinische Verteidigungswirtschaft zu investieren und Standorte auf

den Philippinen zu eröffnen. Erste Unternehmen bekundeten auch bereits ihr Interesse an Niederlassungen (wie etwa Unternehmen aus Russland, Israel und Südkorea). Als Hauptstandort wird als Flaggschiffprojekt das Government Arsenal Defence Industrial Estate (GADIE) genannt, welches sich auf dem Militärgelände Camp Gen. Antonio in Limay (Bataan) befindet.

Mithilfe israelischer Rüstungskooperation und der Produktion der Blue Horizon Drohne in Singapur konnte die philippinische Armee die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in dem Bereich unbemannte Überwachungsflugzeuge in den letzten Jahren zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Seitdem produziert die heimische Rüstungsindustrie Drohnen, die jedoch eine kürzere Einsatzzeit haben. Darüber hinaus ist eines der technisch versierten Unternehmen in Asien, FBMA Marine Inc., in den Philippinen ansässig, das u. a. das moderne Boot Lider (Sea Slice), mit technischer Unterstützung vom US-amerikanischen Verteidigungsunternehmen Lockheed Martin, produziert. Hinzu kommen noch Herma Shipyard Inc. sowie Keppel Philippines Inc. die als Rüstungsproduzenten im Marinesektor auftreten und die philippinischen Streitkräfte beliefern. Es bestehen außerdem strategische Partnerschaften mit Werften im Ausland, wie Hyundai Heavy Industries aus Südkorea, welche eine neue Generation an Hochseepatrouillenbooten für die Philippinen entwickelt. Diese neuen Schiffe sollen auch ein Zeichen in Richtung China setzen, da es im südchinesischen Meer und der Straße von Luzon zu zunehmenden Spannungen kommt.

Die Philippine Aerospace Development Corporation baute zudem in jüngster Zeit eine Vielzahl kleinerer Helikopter sowie Flugzeuge für die Streitkräfte und verfügt über umfassende Wartungs- und Überholungsfähigkeiten. Die Bandbreite der produzierten Waffen reicht dabei von Eigenherstellungen über modifizierte Waffentypen bis hin zu unter Lizenz produzierten Waffen. 2019 wurde das Unternehmen vom Verkehrsministerium in das Verteidigungsministerium überführt.

Über den Philippine Defense Industry Development Act (Pdida) – zu Deutsch das Gesetz zur Entwicklung der philippinischen Verteidigungsindustrie – welches im Juni 2023 verabschiedet wurde, soll die Abhängigkeit von Rüstungslieferungen aus dem Ausland ebenfalls gezielt reduziert werden. Hintergrund sei – nach Angaben von Senatspräsident Zubiri – die Schlacht um Marawi im Jahr 2017, in welcher sich Regierungstruppen lange Gefechte gegen islamistische Kräfte geleistet hatten und die Regierung um Waffen und Munition habe betteln müssen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

146.250 aktiv, davon:

Heer: 103.200

Marine: 25.450

Luftwaffe: 17.600

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 30.700

Reserve: 131.000, davon:

Gendarmerie & Paramilitärische Reserve: 50.000 bis einschließlich 49 Jahre

Küstenwache: 30.700

Einheiten von regionalen bewaffneten Zivilist:innen: 50.000 Reservist:innen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	125	125	142,4	142,4	143,1	145,3	145,3	146,2	146,2
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Ban

Kommentar

Seit 2002 sind die philippinischen Streitkräfte weitestgehend abhängig von US-Militärhilfe, die zur Bekämpfung des Terrorismus dient, insbesondere gegen die Abu Sayyaf Gruppe. Die US-Militärhilfe diente den Philippinen zur Beschaffung neuer Rüstungsgüter und zum Training der eigenen Streitkräfte und tut dies teilweise auch heute noch. Seit 2007 oszilliert die philippinische Sicherheitspolitik jedoch, zwischen einer Hinwendung zu den USA bzw. zu China. So kündigte zuletzt Rodrigo Duterte im Jahr 2020 bspw. eines von drei wichtigen und historischen Kooperations-Abkommen, das „Armed Forces Visiting“-Abkommen, mit den USA auf. Zwei weitere wichtige Abkommen (der „Mutual Defense Treaty“ und das „Enhanced Defense Cooperation Agreement“) bleiben zwar bestehen, verlieren aber ohne die Kopplung an das AFV ihre Wirkung hinsichtlich einiger wichtiger Vertragsbestandteile.

Zeitgleich steckt das Land in einer Zwickmühle, denn China verletzt regelmäßig auch die ausschließliche Wirtschaftszone der Philippinen und wird damit in den Augen vieler Filipinos und Filipinas als Bedrohung wahrgenommen. Zeitgleich erhöhten sich trotz der pro-chinesischen Politik durch den ehemaligen Präsidenten Duterte die Spannungen im Südchinesischen Meer. Die Philippinen halten nach wie vor regelmäßig Militärmanöver mit den USA ab.

Die Verteidigungsstrategie 2018-2022 sah organisatorische Änderungen vor, wie die Einrichtung eines Special Operation Command, welchem künftig alle Spezialeinheiten unterstehen sollen, dem Ausbau von Fähigkeiten zur U-Boot-Abwehr oder die Schaffung einer Weltraumbehörde. Die in der vorigen Verteidigungsstrategie identifizierten politischen Prioritäten, einschließlich der Sicherung der Souveränität und territorialen Integrität, wurden zu zentralen Sicherheitsprioritäten in der Verteidigungsstrategie 2023-2028 erklärt. Das Dokument signalisiert frühe Stufen einer Reorientierung von interner Sicherheit hin zu territorialer

und externer Verteidigung. Außerdem wurden die nationalen maritimen Interessen, einschließlich im Südchinesischen Meer, hervorgehoben. 2018 begann die zweite Fünfjahresphase (Horizon 2) des 15-jährigen Modernisierungsprogramms (RAFPMP), welches noch bis 2028 andauern wird. Diese umfasst Beschaffungspläne von gepanzerten Fahrzeugen, Luftüberwachungsradaren, Patrouillenbooten und langfristig von Lufttransport- sowie Seefernaufklärungsflugzeugen. 2021 wurden Mittel in Höhe von 252 Millionen US-Dollar freigegeben. Große Anschaffungen sollen auch ein bodengestütztes Luftverteidigungssystem, leichte Transportflugzeuge und leichte Panzer darstellen. Insgesamt wurden für die zweite Modernisierungsphase 5,6 Milliarden US-Dollar angekündigt. 2023 startete die letzte Modernisierungsphase (Horizon 3), die bis 2028 laufen soll. Prioritäten unter dem Modernisierungsprogramm schließen Kampfflugzeuge, Transportflugzeuge, Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr und Seefernaufklärer, Drohnen, Fregatten sowie Luftabwehr- und Küstenverteidigungssysteme. Einige dieser Bestrebungen fielen bereits unter Horizon 2.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Leichte Panzer	26	
Schützenpanzer	54	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	395	
Bergepanzer	Mehr als 5	
Artillerie	Mehr als 287	
Panzerabwehr	Einige	Rückstoßfreie Abschussgeräte (M20, M67, M40A1)
Transportflugzeuge	6	
Transporthubschrauber	5	
Drohnen	Einige	Aufklärungsdrohnen (Blue Horizon und Skylark-3)

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Dem Heer kommt bei der Bekämpfung Aufständischer eine besondere Rolle zu. Daher ist die Ausstattung eher auf Flexibilität und Mobilität ausgelegt. Der allgemeine Zustand des philippinischen Heeres ist jedoch als unzureichend zu bewerten. In der Vergangenheit wurde

das Heer besonders bevorzugt behandelt, da dringend verbesserte Kapazitäten bei der Bekämpfung des Terrorismus und anderen separatistischen Gruppen notwendig waren.

Die schweren Waffen im Besitz des Heeres sind überwiegend veraltet. So werden immer noch sieben aus dem Vereinigten Königreich im Jahre 1977 gelieferte FV101 Scorpion-Spähpanzer eingesetzt. Ursprünglich befanden sich 41 Panzer in den Beständen des Heeres. Aus den USA wurden 1967 bis 1981 65 M113A1 geliefert. Insgesamt befinden sich 76 in den Beständen des Heeres, hiervon fungieren heute 34 als Schützenpanzer, weitere 42 werden als gepanzerte Mannschaftstransporter genutzt. Auch diese gelten als veraltet. Unter den 272 im Dienst des Heeres befindlichen Artilleriesystemen können lediglich die 12 aus Israel gelieferten 12 ATMOS 2000 als modern bezeichnet werden.

In jüngster Zeit kam es allerdings zu einigen Neuanschaffungen und Bestellungen, wie etwa 16 S-70i und weiteren Helikoptern, 19 Sabrah Panzern, sowie einer großen Anzahl an Luft-Luft-, Boden-Luft- und Lenkraketen.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Fregatten	2	
Patrouillenboote	54	
Davon Korvetten	1	
Amphibienfahrzeuge	21	
Logistik und Unterstützung	5	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

14 Transportflugzeuge

2 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

12 Transporthubschrauber (2 davon bewaffnet)

Marineinfanterie:

42 gepanzerte Mannschaftstransporter

67 Amphibienfahrzeuge

Mehr als 37 Artilleriegeschütze

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Die philippinische Marine ist besonders mit schnellen Patrouillenbooten und Amphibienfahrzeugen, die der Geografie des Landes gerecht werden, ausgestattet. Nach der neuen Sicherheitsstrategie (2023-2028) kommt der maritimen Sicherheit bzw. der Sicherung der maritimen Interessen eine größere Rolle zu. Dementsprechend zielt die Modernisierungsinitiative Horizon 3 (2023- 2028) auf die Küstenverteidigung und die Verbesserung der maritimen Fähigkeiten ab.

Der im Juli 2012 erneut eskalierte Konflikt um die Paracel- und Spratly-Inseln mit China veranlasste den damaligen philippinischen Präsident Benigno Aquino, zu verkünden, neue Schiffe zu beschaffen. Seitdem wurde die Marine deutlich verstärkt – ist aber in der Region immer noch zu den eher kleinen Seestreitkräften zu rechnen. Beim Ausbau der Marine kooperiert das Land eng mit Südkorea, welches etliche gebrauchte Schiffe als Schenkung übergab. So etwa 2019 eine Korvette der Pho Hang Klasse und 2021 ein gebrauchtes Landungsschiff des Typs LCU-1610. Eine deutliche Ausweitung der maritimen Fähigkeiten bedeutet die Lieferung von zwei von Hyundai Heavy Industries (HHI) produzierten zwei Fregatten des Typs HHI-2600. Im Jahr 2017 begannen die Seestreitkräfte außerdem, trilaterale Patrouillen mit Indonesien und Malaysia zur Bekämpfung regionaler terroristischer Aktivitäten durchzuführen. Anfang 2025 führten Schiffe der philippinischen Marine Übungen im südchinesischen Meer gemeinsam mit der US-Marine und den Seestreitkräften Japans durch, da sich die Philippinen Zunehmens durch chinesische Operationen bedroht fühlen. Auch zu Verletzungen der philippinischen Küstenzonen ist es bereits gekommen. Das Nachrichtenportal [Al Jazeera](#) berichtet von zunehmenden Aggressionen zwischen beiden Seiten. Beide Seiten sollen bereits Schiffe der anderen Partei gerammt haben. Der Konflikt besteht um Inselgebiete im südchinesischen Meer bzw. im westphilippinischen Meer, auf die China jedoch Anspruch erhebt. Mutmaßlich aufgrund der dort befindlichen Vorräte an natürlichen Ressourcen, die China zu kontrollieren anstrebt.

Daher planen die Philippinen zur weiteren Verstärkung ihrer Marine zudem die Beschaffung von zwei bis drei U-Booten. Diskutiert wird dabei unter anderem ein Angebot aus Frankreich, welches durch die Naval Group vorgelegt wurde und die Lieferung von zwei modernisierten Booten der Scorpenes Klasse sowie die Renovierung der Marineoperationsbasis Subic für die U-Boote umfasst. Verhandlungen werden derzeit aber auch mit dem südkoreanische Unternehmen Hanwha Ocean (über die Lieferung von Booten des Typs KSS-III PN) und dem spanischen Unternehmen Navantia (über die Lieferung von Booten des Typs S-80) geführt. Im April 2025 stieg ebenfalls ein Zusammenschluss aus dem italienischen Rüstungsunternehmen Leonardo und dem deutschen Rüstungshersteller ThyssenKrupp Marine Systems in die Ausschreibung mit ein und boten der philippinischen Marine ihr U212 NFS (Near Future Submarine) an, welches laut der beiden Hersteller Tarnung, Ausdauer und Feuerkraft vereint.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	12	
Aufklärer	6	Davon 3 kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	Mehr als 38	Davon mehr als 13 kampffähig
Transportflugzeuge	Mehr als 22	Davon 2 C-130T als Seefernaufklärer eingesetzt, davon 3 Passagierflugzeuge
Kampfhubschrauber	8	
Mehrzweckhubschrauber	38	
Transporthubschrauber	Mehr als 34	10 davon nicht einsatzfähig
Drohnen	16	Aufklärungsdrohnen (Blue Horizon II; Hermes 450 und Hermes 900)
Raketen	Einige	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Die Luftwaffe befindet sich allgemein in einem desolaten Zustand und auch die Servicekapazität ist als schlecht zu bewerten, ist aber – wie die Marine – Objekt eines Modernisierungsprogramms (Horizon 3).

Derzeit besteht die Luftflotte der Philippinen aus insgesamt 28 kampffähigen Flugzeugen und acht Kampfhubschraubern. Das Rückgrat der Flotte bilden 12 Jagdbomber des Typs FA-50PH. Welche zwischen 2015 und 2017 aus Südkorea importiert wurden. Ergänzt werden diese durch drei bewaffnete Aufklärungsflugzeuge: Ein OV-10A bzw. zwei OV-10C Bronco und durch mehr als 13 bewaffnete Trainingsflugzeuge diverser Typen (sechs EMB-314 Super Tucano; mindestens drei S-211 sowie vier SF-260TP).

Neben diesen Starrflüglern befinden sich eine Vielzahl unterschiedlicher Hubschrauber im Dienst der philippinischen Luftwaffe. Neben zwei aus amerikanischer Produktion stammenden AH-1 Cobra setzt die Luftwaffe wesentlich auf türkische T129B Kampfhubschrauber, von denen die philippinische Luftwaffe insgesamt sechs in ihren Beständen hat. Zusätzlich betreibt die Luftwaffe ebenfalls bewaffnete Mehrzweckhubschrauber des Typs AW109E. Zum Ausbau der Transportkapazitäten wurden im Jahr 2009 acht polnische PZL W-3 Sokol Hubschrauber im Wert von 64 Millionen US-Dollar bestellt, deren Auslieferung Ende 2011 begann und Mitte 2012 abgeschlossen war. Von den ursprünglich acht Hubschraubern befinden sich 2025 nur noch sieben in den Beständen der Luftwaffe. Bereits 2010 erhielten die Philippinen fünf gebrauchte UH-1H aus den USA, die sehr wahrscheinlich ebenfalls vorher umfassend modernisiert wurden. Davon befinden sich wahrscheinlich noch mehr als drei in den

Beständen. Zehn weitere UH-1H sind wahrscheinlich nicht einsatzbereit. Kürzlich (2021) wurden diese alternden Maschinen um 15 S-70i Black Hawk ergänzt, die der polnischen Produktionslinie entstammen. Stand 2025 wurden diese um insgesamt sechs weitere ergänzt, sodass sich insgesamt 21 Black Hawk in den Beständen der philippinischen Luftwaffe befinden.

Ob dieser begrenzten Fähigkeiten ist die philippinische Luftwaffe bemüht diese durch den Einsatz von Drohnen zu verbessern. So wurden in den letzten Jahren etwa zwei Blue Horizon II bis zu vier Hermes 450 und neun Hermes 900 beschafft.

Im April 2025 wurde bekannt, dass die philippinischen Luftstreitkräfte insgesamt 20 F-16 Jagdflugzeuge aus den USA kaufen, eine entsprechende Genehmigung wurde durch das US-Department of State bestätigt.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Küstenwache:

49 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsschiff

3 Transportflugzeuge

2 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Küstenwache operiert unter dem Kommando des Ministeriums für Transport und Kommunikation und wird als maritime Strafverfolgungsbehörde angesehen. Durch die Auslagerung der Küstenwache aus der Marine kam es zu einer höheren Effektivität bei der Aufstandsbekämpfung und der Kontrolle der Küstengewässer. Dabei beziehen sich die Aufgaben der Küstenwache als Strafverfolgungsbehörde auf die Bekämpfung von Schmuggel, illegaler Fischerei, Drogenschmuggel und Piraterie. Diesen Aufgaben entspricht auch die technische Ausrüstung. In den vergangenen Jahren konnte die Küstenwache einige wenige Hubschrauber anschaffen und mit Hilfe ausländischer Unterstützung (Japan) zu Rettungshubschraubern umrüsten. Diese sollen hauptsächlich zur Rettung Schiffbrüchiger dienen. Doch die Küstenwache übernimmt auch Aufgaben im Bereich des Küstenschutzes und führt Patrouillen durch, um philippinische Küstengewässer zu beschützen und philippinische Interessen zu verteidigen. Dies führt unter anderem auch dazu, dass die Küstenwache in den Konflikt mit China einbezogen wird. Im Juli 2025 eskortierten philippinische Boote der Küstenwache ein mutmaßlich chinesisches Spionageschiff aus den umstrittenen Gewässern nachdem zu diesem kein Kontakt hergestellt werden konnte.

Box 4

Peacekeeping

Indien/Pakistan (UNMOGIP): 6 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 2 Soldat:in

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 3 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die philippinischen Streitkräfte (AFP) nehmen eine wichtige Rolle innerhalb der Gesellschaft ein. Trotz ihrer geringen militärischen Kapazität und der unzureichenden Ausstattung, die sie zu einer der schwächsten Militärs in der Region macht, sind die AFP eine zentrale Machtstütze der Regierung. Ferdinand Marcos, Präsident der Philippinen von 1965-1986, machte die vormals unpolitischen Streitkräfte zu einem wichtigen politischen Akteur. Dazu berief er zahlreiche Personen aus seiner Heimatprovinz in die höchsten Ränge der Armee und sicherte sich so die Loyalität. Darüber hinaus erkaufte er sich mit großzügigen Budgetzuweisungen, von denen viele Militärs direkt profitierten, die Unterstützung. So stieg zwischen 1971 und 1983 die Zahl der Soldat:innen von 58.000 auf mehr als 140.000. In diese Zeit fiel auch die Verhängung des Ausnahmezustandes in der Region Mindanao, die eine symbolische Beziehung zwischen dem Militär und Marcos entstehen ließ. Zeitgleich stieg sein langjähriger Freund Fabian Ver zum Direktor des Inneren Sicherheitsnetzwerkes auf und wurde so zu einem wichtigen politischen Entscheidungsträger. Auf den unteren Kommandoebenen war es den Militärs möglich, die Wirtschaft mit Hilfe eines umfangreichen Patronagenetzwerkes zu ihren Zwecken auszubeuten.

Insbesondere die fehlende Professionalität innerhalb des Militärs, in dem Loyalität mehr als die eigentliche Ausbildung zählte, führte auf zwei Ebenen zu einer kritischen Rolle innerhalb der Gesellschaft. Einerseits wurden später viele Angehörige der AFP von Marcos mit Posten in der Regierung oder zivilen Einrichtungen bedacht. Andererseits führte auch die fehlende Professionalität innerhalb der Streitkräfte zu einer Brutalisierung der Aufstandsbekämpfung, die dazu auch noch sehr ineffektiv war. Die Folge war, dass zahlreiche Menschenrechtsgruppen dem Militär vorwarfen, bei der Bekämpfung der kommunistischen und muslimischen Aufstände zahlreiche Menschenrechtsverbrechen begangen zu haben. In Folge der Zersplitterung innerhalb des Militärs kam es zu einer militärischen Revolte, die Marcos zwingen seine Präsidentschaft wegen massiver Wahlfälschung niederzulegen. Mit dem Ende seiner Herrschaft 1986 und der Verabschiedung einer neuen Verfassung, wurden die AFP unter zivile Kontrolle gestellt. So wurde etwa eine Kommission für Menschenrechte geschaffen, Polizei und Militär voneinander getrennt und die Unvereinbarkeit von aktivem Militärdienst und aktiver Ausübung von politischen Ämtern beschlossen. Obwohl die einzelnen Teilstreitkräfte dem Verteidigungsministerium unterstellt sind, ist der:die Präsident:in der Philippinen doch zu jeder Zeit Oberbefehlshaber:in.

Bis 1991 gab es weitere Versuche, die damalige Präsidentin Aquino abzusetzen. Erst als sich zahlreiche Rebell:innenführer:innen 1991 ergaben und es zu Verhandlungen zwischen Militärs und Rebell:innengruppen kam, war die Gefahr eines Putsches zunächst gebannt. Sowohl unter Ramos (1992–1998) als auch unter Arroyo (2001–2010) stützte man sich aber wieder auf die Einbindung von (ehemaligen) Militäroffizier:innen in Beratungs-, Kabinetts- und Verwaltungsposten. Dieses System hatte jedoch seinen Preis, mussten sich beide Seiten doch regelmäßig die Loyalität der anderen erkaufen. Im Jahr 2001 demonstrierte die Armee ihre politische Macht, etwa indem sie dem damaligen amtierenden Präsidenten Estrada die

Unterstützung entzog und keine 24 Stunden danach die Vizepräsidentin Arroyo als Präsidentin einsetzte. Das Militär ließ verlauten, sie vertrete den Willen der Bevölkerung und beende die Korruptionspolitik. Einmal mehr machten die Streitkräfte somit deutlich, dass sie ein zentraler politischer Akteur auf den Philippinen sind. Jedoch putschen die Militärs nicht nur, sondern sie stützen die Präsident:innen auch nachhaltig, bis hin zur Wahlmanipulation. So wie 2004, als sich Arroyo erneut das Amt sichern konnte.

Während das Militär zur Bekämpfung des anhaltenden kommunistischen Aufstandes sowie terroristischer Bedrohungen eingesetzt wird und teilweise zivile Aufgaben übernehmen muss, sind Teile der Armee jedoch stark zersplittert. Es gibt immer wieder Gruppen innerhalb des Militärs (Reformist:innen), die versuchen, Korruption zu bekämpfen und das Patronagesystem zu beenden. Die Verankerung des Militärs und die Unzufriedenheit einiger innerhalb des Systems werden aber an den politischen Aktivitäten einiger Soldat:innen deutlich, wie das Beispiel des Marineleutnant Trillanes zeigt. Obwohl kein Wahlkampf möglich war, wurde er 2007 zum Senator gewählt, was verdeutlicht, wie sehr die Grenzen zwischen Militär und Politik verschwimmen. Das Militär ist nach wie vor extrem politisiert und es gab in kaum einem anderen Land der Region mehr Putschversuche als auf den Philippinen. Über viele Jahre, gestützt von vielen Präsident:innen, etablierte sich das Militär also als Elite des Landes und festigte so seine Position innerhalb der Gesellschaft.

Auch unter der Regierung Duterte (2016–2022) spielte das Militär eine gewichtige innenpolitische Rolle. So wurde die Rolle des Militärs im „Krieg gegen die Drogen“ ausgeweitet und auch zur Durchsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie eingesetzt. Der erneut starke Einfluss des Militärs wird einerseits als Erosion der Demokratie kritisiert; andererseits von vielen befürwortet. So erreicht das Militär einer Umfrage des Social Weather Station mit 79 Prozent hohe Vertrauenswerte (Stand: 2019) und erlangt auch im Befragungszeitraum 2017-2022 des World Value Survey rund 77 Prozent Vertrauen. Insgesamt kann konstatiert werden, dass die Machtkonsolidierung des Militärs unter Duterte zunahm. Nichtsdestotrotz sicherte das Militär der aktuellen Regierung unter Marcos Jr. dessen Unterstützung zu nachdem sich Duterte im Dezember 2024 offen gegen die Regierungsführung Marcos Jr. aussprach. Dies geschah im Zuge von Antikorruptionsermittlungen, in die auch Vizepräsidentin Duterte verwickelt ist. Sie sprach von Zerrüttung in der Regierungsführung, die nur durch das Militär korrigiert werden könne, was zeigt, dass das Militär nach wie vor stark in den Regierungsapparat eingebunden ist.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,3	1,4	1,4	1,3	1,2

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Seit 1991 besteht auf den Philippinen die Nationale Polizei (PNP). 2019 betrug der Personalumfang Berichten zufolge ca. 191.000 Personen. Sie ist mit allen Strafverfolgungs- und Polizeiaufgaben auf nationaler und lokaler Ebene betraut. Bis zur Gesetzesänderung im Dezember 1990 unterstand die Polizei dem Verteidigungsministerium. Mit der Gesetzesänderung wurde die Nationale Polizei gegründet und dem neustrukturierten Ministerium für Innere und Lokale Angelegenheiten unterstellt. Damit entstand rechtlich eine zivile Behörde unter ziviler Kontrolle, die in ihrem Wesen aber weiterhin militärische Züge aufweist. Bis heute bestehen in der Nationalen Polizei, wie auch in der Vorgängerorganisation, der philippinischen Gendarmerie (Philippines Constabulary), ähnliche Probleme: Starke Politisierung und Militarisierung sowie weit verbreitete Korruption.

Im Jahr 2003 wurde eine Reform der Polizei beschlossen. Das Integrated Transformation Programm lief von 2005 bis 2015. Ziel des internen Reformprogramms war die Verbesserung der Ausstattung, der medizinischen Versorgung und der Glaubwürdigkeit der Polizei sowie eine Anhebung der Löhne. Die Reform konzentrierte sich auch auf eine bessere Ausbildung und Bildung der Polizeibeamt:innen sowie auf einen transparenten Beförderungsprozess. Die weiterhin weit verbreitete Korruption und dauerhafte Budgetzwänge standen jedoch nicht auf der Reformagenda. Berichten zufolge hat das durchaus ambitionierte Programm bis heute keines der Probleme umfassend gelöst.

Der philippinische Geheimdienst (National Intelligence Coordinating Agency – NICA) führt offene und verdeckte Operationen unter dem Motto „Wissen ist Sicherheit“ durch. Er ist direkt dem:der Präsident:in unterstellt und wird durch ein nationales Geheimdienstgremium kontrolliert. NICA ist insbesondere im Anti-Terrorkampf involviert und steht in engem Kontakt zu ausländischen Geheimdiensten, wie dem US-amerikanischen CIA und dem israelischen Mossad. Im Jahr 2005 wurde der Geheimdienst ebenfalls mit Gegenspionage beauftragt. Ein Jahr später folgte die Eröffnung des nationalen maritimen Überwachungs- und Aufklärungszentrums (NMARSC), das unter Aufsicht des Geheimdienstes und mit Hilfe von Drohnen, die Luftaufklärung verbessern soll.

Unter der Aufsicht des Justizministeriums arbeitet das National Bureau of Investigation (NBI), das mit Fällen von nationaler Bedeutung betraut ist. Das Büro unterhält einen eigenen Geheimdienst sowie Spezialkräfte, die für den Anti-Terrorkampf und den Kampf gegen organisierte Kriminalität eingesetzt werden.

Die Civilian Armed Force Geographical Units (CAFGU) sind von der philippinischen Regierung gegründete Einheiten zur Unterstützung staatlicher Sicherheitsorganisationen und privater Unternehmen. Die Regierung in Manila folgt damit einem regionalen Trend zur Entwicklung halbstaatlicher/halbprivater Sicherheitsakteure. Die CAFGU, mit ihren 50.000 Personen, sind aktive Hilfseinheiten, die unter Kontrolle des Militärs und der Polizei stehen und bei Bedarf die entsprechenden Sicherheitsorganisationen unterstützen können. Sie stehen jedoch auch als private Sicherheitsdienstleister zum Schutz privater Firmen zur Verfügung. Die Kontrolle dieser hybriden Struktur halbstaatlicher/halbprivater Sicherheitsakteure und die Bewahrung des öffentlichen Interesses übernimmt die Security Agencies and Guards Supervision Division (SAGDS), die bei der Nationalen Polizei angesiedelt ist.

Unter der Präsidentschaft von Rodrigo Duterte zwischen 2016 und 2022 kam es zur systematischen Verfolgung und rechtswidriger Tötung von Menschen. Duterte kündigte schon in seinem Wahlkampf einen „war on drugs“ und eine Verfolgung von Drogensüchtigen an. Während seiner Amtszeit kam es nach Polizeiangaben zur Tötung von 7.000 und nach Angaben von NGO, die auch vermummte Erschießungskommandos miteinbeziehen, zur Tötung von 30.000 Menschen. Nach Angaben von Human Rights Watch (2024) befanden sich auch minderjährige unter den durch Sicherheitskräfte getöteten Personen. 2023 nahm der Internationale Strafgerichtshof das Ermittlungsverfahren bezüglich der Tötungen im Rahmen der Antidrogen-Kampagne gegen die Regierung der Philippinen wieder auf. Zu Beginn des Jahres 2025 wurden knapp 900 Polizeibeamte aus dem Dienst entlassen, und mehr als 2.700 erhielten disziplinarische Maßnahmen aufgrund von dienstlichen Vergehen.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu un-friedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waf-fen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Beigetreten	Treaties.un.org

Kommentar

Das Land ist den meisten internationalen Abrüstungsvereinbarungen beigetreten. Jüngst ratifizierte das Land den Arms Trade Treaty (am 24. März 2022), welcher zum 22. Juni 2022 somit in Kraft trat. Die Philippinen sind damit 111. Vertragspartei und reichten rund ein Jahr später – zum 21. Juni 2023 – den entsprechenden Initialbericht ein.

Gegen die Philippinen sind weder Sanktionen der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kul-turelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskrimi-nierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, un-menschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in the Philippines during the year, although the number of incidents of arbitrary and extrajudicial killings and of some other abuses by government agents decreased. Significant human rights issues included credible reports of: arbitrary or unlawful killings, including extrajudicial killings; enforced disappearance; torture or cruel, inhuman or degrading treatment or punishment by and on behalf of the government, and other physical abuses by nonstate actors; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary detention; serious problems with the independence of the judiciary; arbitrary and unlawful interference with privacy; serious abuses in a conflict, including unlawful civilian deaths, enforced disappearances or abductions, and torture and physical abuses; unlawful recruitment or use of child soldiers by terrorists and groups in rebellion against the government; serious restrictions on freedom of expression and media freedom, including violence, threats of violence, and unjustified arrests or prosecutions of journalists, and the use of criminal libel laws; serious government corruption; serious government restrictions on or harassment of domestic human rights organizations; extensive gender-based violence including but not limited to domestic and intimate partner violence, sexual violence, child abuse, and early and forced marriage; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; and significant restrictions on workers' freedom of association such as threats and violence against labor activists. The government investigated some reported human rights abuses, including abuses by its security forces and paramilitary forces. Concerns about police impunity remained, given reports of continued extrajudicial killings by police. Significant concerns also persisted about impunity for other security forces, and civilian national and local government officials. Muslim separatists, communist insurgents, and terrorist groups continued to attack government security forces and civilians, displacing civilians and resulting in the deaths of security force members and civilians. Terrorist organizations also engaged in kidnappings for ransom, bombings of civilian targets, beheadings, and the unlawful recruitment or use of child soldiers in combat or auxiliary roles. These actions were, at times, investigated and prosecuted, although there were allegations that charges were often leveled for political reasons.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/philippines/>

Box 6**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2025**

The last fabricated charge against human rights defender Leila de Lima was dismissed. Concern grew as more activists were forcibly disappeared. The practice of "red-tagging" human rights defenders, including young activists, persisted, and the government continued to use counterterrorism measures against humanitarian workers. Killings in the context of the "war on drugs" continued. Human rights violations such as of the right to health – beset the country's drug treatment programme.

Quelle: Amnesty International Report 2025

<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/8515/2025/en/>

Box 7**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025**

Bewertung für die Philippinen auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 33/60

Politische Rechte: 25/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (58/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025**

The Philippines hosts a vibrant political landscape, and elections are free from overt restrictions. However, established political elites benefit from structural advantages, and problems including highly organized disinformation campaigns and widespread vote buying have undermined fair competition. Corruption is endemic, and anticorruption bodies struggle to uphold their mandates. Journalists and activists who are perceived as critical of the government or other powerful interests can face criminal cases and extralegal violence. Terrorist and insurgent activity continues on the southern island of Mindanao. Abuses by police and military personnel remain a concern. While the levels of violence and impunity decreased somewhat after a new administration took office in 2022, harmful practices such as "red-tagging"—the denunciation of government critics as supposed communists—have persisted..

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/philippines/freedom-world/2025>

Kommentar

Das Land ist den zentralen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Allerdings mangelt es oft an der faktischen Einhaltung der menschenrechtlichen Grundnormen. Auch bei der Umsetzung der Verträge und Konventionen gibt es weiterhin erhebliche Defizite. Im Zuge der Jahrzehnte andauernden Konflikte sind die beteiligten Parteien, sowohl die Regierung als auch die zahlreichen Sezessionsbewegungen, immer wieder massiver

Menschenrechtsverletzungen beschuldigt worden. Insbesondere bei dem Kampf der Regierung gegen die kommunistischen Gruppierungen kam es wiederholt zu zahlreichen und erheblichen Menschenrechtsverletzungen. Besonders betroffen sind die Menschen in der Region Mindanao, in der seit 1972 ein Konflikt zwischen der Regierung und separatistischen Rebell:innenbewegungen ausgetragen wird. Beide Parteien haben sich dabei zahlreicher Menschenrechtsverbrechen wie Massentötungen schuldig gemacht. Im Dezember 2016 führte die philippinische Regierung in Oslo Gespräche mit der Kommunistischen Partei, um eine Einigung über einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen, was jedoch nicht gelang.

Speziell gewaltsame Entführung, außergerichtliche Tötungen (Berichte gehen davon aus, dass zwischen 2001 und 2007 allein 850 Ermordungen stattgefunden haben) und andere Formen der Verfolgung werden häufig von staatlichen Sicherheitskräften ausgeführt. Außerdem finden im Land jährlich zahlreiche Morde an politischen Aktivist:innen statt, die häufig nicht aufgeklärt werden. Da die Opfer in den meisten Fällen linksorientiert sind, wird von Menschenrechtsorganisationen der Schluss gezogen, dass es sich hier um eine systematische Serie politisch motivierter Morde handelt. Im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2010 kam es bspw. zur Tötung von 57 Zivilist:innen, darunter mehr als 30 Journalist:innen (Maguindanao-Massaker). Duterte kündigte während seines Wahlkampfes im Jahr für seine Präsidentschaft 2016 sogar an 1,8 Millionen Drogensüchtige töten zu lassen. Der Ankündigung ließ er Taten folgen. Unter der Präsidentschaft von Duterte zwischen 2016 und 2022 sollen über 5.000 Menschen bei Drogenrazzien getötet worden sein. NGOs gehen bei der Berechnung sogar von 30.000 Toten aus. Das unrechtmäßige Töten von Menschen, die mutmaßlich in Drogendelikten verwickelt sind, geht auch unter der Präsidentschaft von Dutertes Nachfolger Ferdinand Marcos Jr. weiter. Das Dahas-Projekt, welches versucht die Tötungen im Drogenkrieg nachzuvollziehen, legt für den Zeitraum vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2024 einen Bericht vor, der 360 gemeldete drogenbedingte Tötungen, verglichen mit 342 Tötungen im Jahr davor, verzeichnet. Staatliche Sicherheitskräfte waren für 34,2 % der Morde im zweiten Jahr des Drogenkriegs von Marcos Jr. verantwortlich.

Durch oftmals fehlende Bestrafung der Täter:innen wird ein Klima der Straflosigkeit geschaffen, da die Sicherheitskräfte entweder direkt an den Morden beteiligt sind oder sie zumindest dulden. Zwar gibt es in dem Land zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und aktive Menschenrechtsgruppen, die sich dem Kampf gegen Morde und willkürliche Verschleppung verschrieben haben, doch wird ihre Arbeit regelmäßig durch gewaltsame Übergriffe auf Büros und Angestellte behindert. Besonders kritisch sind in diesem Zusammenhang die Übergriffe auf die Gewerkschaften und die Androhungen des Militärs, Aktionen der Gewerkschaftsführer:innen zu dokumentieren. Maßnahmen, die unter dem Vorwand des Kriegs gegen die Drogen umgesetzt werden, nehmen aber auch die freie Presse und Meinungsfreiheit zunehmend unter Beschuss: Im Jahr 2018 wurde etwa die regierungskritische Nachrichtenseite Rappler durch Rechtsverfahren zunächst weitestgehend lahmgelegt und leitende Angestellte teilweise verhaftet oder bedroht. Im Jahr 2020 verlor der ebenso kritische Zeitungssender ABS-CBN seine Sendelizenz und zunehmend werden auch Einzelpersonen, wie die ehemalige Justizministerin Leila de Lima, die sich regelmäßig kritisch zu dem Krieg gegen die Drogen äußerte, unter Vorwänden verhaftet oder angeklagt.

Ein weiteres Problem sind die Rechte der Landbevölkerung, die regelmäßig verletzt werden. Im Zuge des staatlichen Landumverteilungsprogramms, das 1987 initiiert wurde, kommt es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen den neuen und alten

Landbesitzer:innen und nur selten wird den neuen Besitzer:innen von staatlicher Seite Schutz gewährt und Hilfe zugesichert, um ihre Rechte durchzusetzen.

Die Philippinen wurden 2011 in den VN-Menschenrechtsrat gewählt und unterlagen 2012 zum zweiten Mal dessen Universal Periodic Review (UPR). Das UPR ist ein Mechanismus des Menschenrechtsrates der UN, der alle 4,5 Jahre ein Peer-Review der Menschenrechtssituation eines jeden UN-Mitgliedstaates vorsieht. Im Oktober 2018 wurden die Philippinen erneut in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen gewählt. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch hatten sich aufgrund erheblicher Menschenrechtsverstöße im Land gegen die Wahl der Philippinen ausgesprochen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

During Rodrigo Duterte's presidency, spanning from May 2016 to May 2022, the Philippines underwent a notable shift toward an increasingly authoritarian political system. Presenting his governance as grounded in a law-and-order model, Duterte focused blame on drug users for various societal issues. This approach enabled him to consolidate his power by suppressing opposition, diminishing checks and balances within the legislative and judiciary branches, and curtailing media freedoms. After six years under former President Duterte's leadership, the Filipino electorate opted not for change but for continuity in the May 2022 elections. Ferdinand "Bongbong" Marcos Jr., the son of former dictator Ferdinand Marcos Sr., secured victory with 58.8% of the votes – a record high among the six presidents elected since the 1986 People Power Revolution that ousted his father. Furthermore, Sara Duterte, the outgoing president's daughter, triumphed in the vice presidential race with 61.5% of the votes, surpassing the support garnered by any president or vice president in the last 36 years. President Ferdinand Marcos Jr. has sought to exhibit a more conciliatory leadership style compared to his predecessor. Up to this point, the Marcos Jr. administration has followed a trajectory similar to Duterte's. There have been no significant policy deviations in areas such as education, infrastructure, economy and social welfare. The anti-drug campaign has undergone some modifications but remains in place. Regarding foreign policy, the Philippines has reverted to its pre-Duterte stance, fostering closer cooperation with the United States.

[...]

The progress of both democratic and economic transformation in the Philippines faces significant impediments due to the entrenched oligarchic structures present in both political and economic spheres. The enduring dominance of various family clans, exemplified by the likes of the Marcos family, obstructs essential reforms necessary for advancing democracy and establishing a more equitable market economy. Former President Duterte did not seek to challenge these power dynamics; rather, he leveraged them to reinforce his authoritative governance style. A new dynasty, symbolized by his daughter Sara Duterte's ascent to the role of vice president, is already well in motion. Meaningful shifts in politics and economics can ultimately materialize only if a new generation of independent political leaders emerges, capable of confronting the prevailing authority of traditional clan systems and addressing the economic influence wielded by ruling dynasties.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/PHL>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2024)

Im Jahresbericht 2024 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielten die Philippinen 33 Punkte (2023: 34 Punkte). Damit erzielten sie genauso viele Punkte wie Belarus, Bosnien und Herzegowina, Laos, die Mongolei, Panama und Sierra Leone. Deutschland erzielte 75 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2024/index/phl>

Spannungen und innere Konflikte

In den Philippinen gibt es zahlreiche interne Konflikte, die teilweise schon Jahrzehnte andauern. Der wohl am längsten andauernde Konflikt ist der Mindanao-Konflikt im Süden des Landes. Dieser komplizierte, verwobene und viele Gruppen umfassende Konflikt wurde hauptsächlich zwischen der Regierung und der Moro National Liberation Front (MNLF), dem bewaffneten Arm des 1969 gegründeten und 1972 verbotenen Moro Independence Movement (MIN), ausgetragen.

Als eine der beiden islamischen Rebell:innengruppen kommt die Abu Sayyaf Gruppe (ASG) hinzu, die dem islamistischen Terrorismus zugerechnet wird. Während die MIN als zivile politische Organisation gegründet wurde, um die mangelnde Chancengleichheit zu bekämpfen, wurde schon im gleichen Jahr mit Hilfe malaysischer Unterstützung ein Guerillatrainingsprogramm eingesetzt. Im Jahr 1972 wurde von Präsident Marcos das Kriegsrecht in der Region verhängt und es kam im Folgenden zu blutigen Auseinandersetzungen, die zahlreiche Todesopfer forderten, enorme Kriegskosten verursachten und den Präsidenten zwangen, ab 1975 Friedensverhandlungen mit der MNLF zu forcieren. 1984 spaltete sich aufgrund personeller Differenzen die Moro Islamic Liberation Front (MILF) von der MNLF ab und trat von da an im Prinzip ähnliche Ziele, hob jedoch die Bedeutung des Islams deutlich hervor. Während es bis Mitte der 1990er Jahre der Regierung nicht gelang, eine friedliche Lösung zu erreichen und die damalige Präsidentin Aquino aufgrund vieler Angriffe von Putschist:innen auf eine militärische Lösung setzte, schaffte es der spätere Präsident Ramos ein Friedensabkommen mit der MNLF auszuhandeln (1996). Diese sah auch die Schaffung einer weitestgehend autonomen Region in Mindanao vor und Misuari, Chef der MNLF, wurde erster Gouverneur. Die Kämpfe flammten jedoch immer wieder auf und die vereinbarte Integration der MNLF in die nationalen Streitkräfte gelang nicht. Auch Waffenstillstandsabkommen und Friedensverhandlungen mit der MILF, welche von da an als Hauptgegner gesehen wurde, wurden immer wieder durch gewaltsame Zwischenfälle gestört.

Unter dem populistischen Präsidenten Estrada kam es 2001 zur temporären Zerschlagung der MILF, die jedoch wegen fehlenden Integrationsbemühungen weitestgehend erfolglos blieben. Von da an bestand hauptsächlich noch die Abu Sayyaf Gruppe, die für eine vollständige Unabhängigkeit der Region kämpft. Traurige Bekanntheit erlangte der Konflikt im Frühjahr 2000 als mehr als 20 Tourist:innen von der ASG entführt wurden und erst mehr als zwei Jahre später freikamen. 2014 unterzeichneten Benigno Aquino und die MILF einen Friedensvertrag, welches die Auseinandersetzungen jedoch nicht vollends beilegen konnte, sodass die Bemühungen unter Rodrigo Duterte weitergingen. Dennoch gibt es positive Tendenzen,

da sich die MILF von den radikalislamischen Gruppen, wie der ASG oder der BIFF (einer radikalen Splittergruppe der MILF) distanziert hat und bei einer großangelegten Anti-Terror Operation sogar 500-600 Truppen bereitstellte. Trotz zahlreicher Erfolge der Operation, die zur Ergreifung führender Personen führte, kann die ASG ihre Stellung innerhalb der Region behaupten. Die US-amerikanische Anti-Terror Operation (Enduring Freedom – Philippines; 2002 - 2015) haben zu einer Schwächung der ASG geführt, konnten die Gruppe jedoch nicht zerschlagen. In den folgenden Jahren haben die Entführungsaktivitäten der ASG sogar wieder deutlich zugenommen. 2017 kam es sogar zu einer fünfmonatigen Belagerung der Stadt Marawi (auf Mindanao), durch Gruppen des Islamischen Staates und der ASG. Eine im Jahr 2018 verabschiedete Verfassung, die der muslimischen Bevölkerung Mindanaos weitreichende Autonomie zusagt, konstituierte die „Autonome Region Bangsamoro“. Derzeit regiert eine Übergangsregierung, die aus 80 lokalen Mitgliedern besteht, von denen 41 von der MILF und 39 durch die Regierung gewählt wurden. 2022 soll es zu demokratischen Wahlen kommen und bis zu Beginn des Jahres 2020 gaben bereits 30 Prozent der vormaligen Kämpfer:innen ihr Waffen ab. Die Wahl wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie sowie einem fehlenden Wahlgesetz jedoch auf das Jahr 2025 verschoben. Dennoch bleiben die grundlegenden Ursachen des Konflikts, wirtschaftliche Rückständigkeit gegenüber dem katholischen Norden, mangelnde Chancengleichheit, fehlende Bildungsmöglichkeiten und sozioökonomische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Ethnien zunächst weiter ungelöst. Auch der starke Einfluss lokaler Familienclans auf Parteistrukturen und politische Prozesse muss im Hinblick auf die Demokratisierungsschritte angemerkt werden.

Ein weiterer ungelöster Konflikt ist die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den kommunistischen Kräften des Landes. Die 1969 als bewaffneter Arm der Communist Party of the Philippines (CPP) gegründete New People's Army (NPA) wird weiterhin vom philippinischen Militär (AFP) bekämpft. Die NPA verfolgt die kommunistische Ideologie der „Neuen Demokratie“ und erlebte ihren Höhepunkt in den 1980er Jahren, in denen sie zeitweise mehr als 25.000 Kämpfer:innen hatte. In den 1990er Jahren kam es zur friedlichen Annäherungen zwischen der Regierung und der NPA, doch wurden keine Erfolge erzielt. Traditionell bekämpft die NPA die US-amerikanische Präsenz im Land. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Anschlägen auf US-Einrichtungen und US-Angehörige. Häufig sind jedoch auch philippinischen Sicherheitskräfte, Politiker:innen, Richter:innen oder frühere NPA-Rebell:innen Opfer von Anschlägen. Ihre finanziellen Ressourcen bezieht die NPA aus dem Land selbst, über lokale Steuern sowie über Kontakte in Europa und zu regionalen Terrorstrukturen wie Jemaah Islamiyah. Während in den letzten Jahren vermehrt führende Köpfe der Partei verhaftet werden konnten, waren Friedensgespräche mit dem politischen Flügel, der National Democratic Front (ein Teil der CPP), bislang erfolglos. Eine regierungsseitige Waffenruhe, die seit August 2016 parallel zu Friedensgesprächen mit den maoistischen Rebell:innen in Rom bestand, wurde im Februar 2017 vom ehemaligen philippinischen Präsidenten Duterte beendet. Zudem wird der Regierung vorgeworfen, diesen Konflikt zu instrumentalisieren und unliebsame Aktivist:innen unter der Anschuldigung der Zugehörigkeit zur NPA zu verfolgen. Eine Entideologisierung der NPA scheint zum derzeitigen Zeitpunkt nicht möglich.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Die Philippinen sind ein Inselarchipel in Südostasien und umfassen 7.107 Inseln, von denen nur 880 bewohnt sind. In Norden wird das Land vom südchinesischen Meer von China getrennt, im Westen liegt Vietnam. Im Südwesten und Süden liegen Malaysia sowie Indonesien. Die Philippinen haben keine direkten Außengrenzen.

Politische Situation in der Region

Die Philippinen befinden sich mit ihren Nachbarn Malaysia und Indonesien in einer angespannten Weltregion, die sich zahlreichen Konfliktarten ausgesetzt sieht, die die allgemeine Stabilität bedrohen: Bedrohung der Seewege durch Piraterie, aufstrebender islamistischer Terrorismus und zahlreiche innerstaatliche Konflikte. Das wohl größte zwischenstaatliche Konfliktpotential besteht in dem ungelösten Konflikt um die Paracel- und Spratly-Inseln im südchinesischen Meer, die von Brunei, der VR China, Malaysia, den Philippinen, Taiwan und Vietnam beansprucht werden. Problematisch ist, dass mit Ausnahme von Brunei alle genannten Staaten Teile des Inselarchipels besetzt halten und so eine Lösung verkomplizieren. 1995 kam es zu einem Disput zwischen China und den Philippinen, im Zuge dessen die asiatische Organisation ASEAN eine aktive Rolle in der Vermittlung einnahm und eine bessere Kommunikation zwischen den Staaten ermöglichte. Chinas Ansprüche zielen auf die Verbesserung seiner Hegemonialstellung in der Region ab. Nach einer Phase der relativen Ruhe eskalierte der Konflikt im Laufe des Jahres 2011 und mündete in einer äußersten angespannten Situation, die bis zum Sommer 2012 andauerte. Im April 2012 kam es zwischen China und den Philippinen zu einer Konfrontation vor der Scarborough Untiefe, nördlich der Spratly-Inseln. Im Zuge der Auseinandersetzung entsendete die philippinische Regierung ihr größtes Kriegsschiff, während China Aufklärungsschiffe in die Region schickte. All das führte zu einer erheblichen Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen beider Staaten. 2016 urteilte der Ständige Schiedshof in Den Haag über eine philippinische Klage aus dem Jahr 2013. Hier gab das Schiedsgericht den Philippinen Recht und bestätigte, China habe keine historischen Ansprüche auf die besagten Gebiete der Spratly-Inseln. China fühlt sich an die Entscheidung allerdings nicht gebunden.

Viele umliegende Staaten haben innere Konflikte, so Myanmar und Indonesien. Häufige Ursachen der Konflikte sind neben sozioökonomischen Spannungen insbesondere Machtfragen sowie Terrorismus. Die Bombenanschläge von Bali 2002 in Indonesien haben die Stabilität der gesamten Region erschüttert und zu einem verstärkten Kampf gegen den internationalen Terrorismus geführt. Darüber hinaus führen die innerstaatlichen Konflikte zur Entstehung regelrechter Bürgerkriegsökonomien, die den Drogenhandel und andere illegale Aktivitäten fördern.

Grenzkonflikte

Da die Philippinen keine direkten Grenzen haben bestehen auch keine direkten Grenzkonflikte. Im südchinesischen Meer hingegen herrscht eine angespannte Situation aufgrund von ungeklärten Grenzfragen bzw. Territorialansprüchen. Im Jahr 2007 verabschiedeten die

Philippinen ein neues Seegesetz, nach dem die wirtschaftlichen Ansprüche in der Region neu definiert wurden und somit auch neue Ansprüche auf die umstrittenen Spratly-Inseln erhoben wurden. China und Vietnam verurteilten das Gesetz. Die Lage im Südchinesischen Meer ist weiterhin äußerst angespannt und bürgt ein immenses Konfliktpotenzial.

Regionale Rüstungskontrolle

Lange gab es keine gemeinsamen Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle in Südostasien. Jedoch sehen sich die ASEAN-Staaten zunehmend mit Sicherheitsbedrohungen konfrontiert, die nur gemeinsam bewältigt werden können oder eine gemeinsame Position gegenüber Drittstaaten mit strategischen Interessen in der Region erfordern. Dazu finden seit 1994 regelmäßige ASEAN Regionalforen statt, bei denen neben den ASEAN-Staaten weitere Teilnehmer am Tisch sitzen. Ziel ist es, die legitime Rolle der Großmächte in der Region anzuerkennen und gleichzeitig den mittleren und kleineren Nationen die Möglichkeit zu geben, bei Diskussionen über Fragen der eigenen Sicherheit Gehör zu finden. Zudem wurde im Jahr 1997 durch die ASEAN-Staaten eine kernwaffenfreie Zone im Vertrag von Bangkok begründet.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Auf den Philippinen sind wenige ausländische Truppen stationiert. So befinden sich Teile der US-Pazifikflotte im Rahmen der Operation Pacific Eagle auf den Philippinen. Die US-Armee hat derzeit insgesamt rund 200 Soldat:innen dort stationiert. Australien hat im Zuge seiner „Operation Augury“ 100 Soldat:innen auf den Philippinen stationiert.

Auch in Singapur sind 200 US-Soldat:innen stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Philippinen sind seit langer Zeit Schauplatz des internationalen Terrorismus und gleichzeitig enger Verbündeter der USA in der Region. Das gute Verhältnis zu den Vereinigten Staaten bleibt die wichtigste außenpolitische Konstante der Philippinen, auch wenn unter Duterte ein offensichtlich pro-chinesischer Kurs eingeschlagen wurde. Mit dem Konflikt in den Südpalippen sind terroristische Anschläge eng verbunden. Kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verfolgten die USA das Ziel, eine zweite Anti-Terror-Front auf den Philippinen zu errichten, die auch von der philippinischen Regierung ausdrücklich begrüßt wurde. Im Jahr 2002 zogen mehrere hunderte amerikanische Spezialeinheiten zusammen mit philippinischen Soldat:innen gegen die Terrorgruppe Abu Sayyaf ins Feld. Es gibt verschiedene terroristische Gruppen auf den Philippinen: Auf den südlichen Philippinen kämpfen die Moros für eine unabhängige islamische Inselrepublik. Die Moro Islamic Liberation Front (MILF) entstand 1984 als Splittergruppe der nationalen Befreiungsbewegung Moros (MNLF). Die MILF ist eine islamistische Terrorgruppe, deren Mitglieder u. a. in Afghanistan ausgebildet wurden. Doch auch zu kommunistischen Gruppen des Landes wird Kontakt gepflegt.

Zwar hat sich die Organisation bereits 2001 dem Frieden verschrieben, jedoch verfügt sie weiterhin über das größte bewaffnete Potential auf den südlichen Philippinen. 1983 gründete sich die Abu Sayyaf, zunächst als Organisation, die den Bau von Schulen und Moscheen fördern sollte, wandelte sich dann aber zu Beginn der 1990er Jahre zu einer islamischen Guerillaorganisation und begann den bewaffneten Kampf, der sich zunächst gegen die nicht-islamische Bevölkerung richtete. Im Verlaufe der 1990er Jahre verdichteten sich die Kontakte zum internationalen Terrorismus und mehr als 50 Mitglieder erhielten eine Ausbildung in Afghanistan. Zahlreiche Anschläge in den vergangenen Jahren verdeutlichen, welche Gefahr weiterhin in dem Inselstaat herrscht. Im Jahr 2003 kam es zu großen Terroranschlägen auf den Flughafen und das Hafenterminal in Davao. Hinter diesem Anschlag scheint die islamische Befreiungsfront Moro (MILF) zu stehen. Zuletzt gab es auf der Insel Jolo einen Anschlag auf die US-Armee bei dem zwei US-Soldat:innen getötet wurden. Für den Anschlag wurde die Gruppe Abu Sayyaf verantwortlich gemacht, die nach Ansichten der USA und der philippinischen Regierung Kontakt zu al-Qaida hat. Immer wieder sind dieser Gruppe Anschläge und Entführungen zuzuschreiben – so etwa auch die Entführung und Enthauptung eines deutschen Seglers im Jahr 2017.

Die Philippinen sind am 17. März 2019 vom Römischen Statut zurückgetreten und haben somit ihre Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshof zurückgezogen. Dieser ermittelt dennoch derzeit mögliche Verbrechen im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die

Drogen für den Zeitraum 1. November 2011 bis 16. März 2019, also den Zeitraum, indem das Land Vertragspartei war.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Ausgeschieden	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Philippinen berichteten im Rahmen des UN-Waffenregisters bis 2008 sehr regelmäßig über Rüstungsimporte und -exporte, seitdem wurde allerdings kein Bericht mehr eingereicht. Die Angaben variierten von Jahr zu Jahr hinsichtlich ihrer Qualität. Angaben im Rahmen der Berichterstattung über Militärausgaben an die Vereinten Nationen haben die Philippinen zuletzt im Jahr 2013 übermittelt, davor lediglich in den Jahren 2001 bis 2003 sowie 2008.

Am 24.03.2022 ratifizierten die Philippinen den Arms Trade Treaty, welcher im Juni des selben Jahres somit in Kraft trat. Als 111. Vertragspartei und erstes ASEAN-Mitglied, reichte das Land seinen Initialbericht zum 21. Juni 2023 ein. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtete das Land seit 2003 regelmäßig über die Fortschritte dessen Implementierung.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Es besteht durch die unzureichende Kontrolle der Seewege eine Gefahr der unerlaubten Wiederausfuhr. Im Bereich der Exportkontrolle hat das Land Fortschritte gemacht und widmet sich zunehmend der Verhinderung der illegalen Ausfuhr von Waffen und nuklearem Material.

Neben Indonesien, Myanmar, Vietnam, Kambodscha und Malaysia, haben auch die Philippinen mit regem Waffenschmuggel zu kämpfen. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Fälle bekannt, in denen Waffen illegal in Hände der MILF-Milizen gerieten oder von diesen innerhalb des Landes geschmuggelt wurden. Dabei kam es immer wieder zu Festnahmen oder es wurden Waffen konfisziert. Erst im Mai 2015 wurden zahlreiche AK47 Gewehre sowie mehrere Granaten im Haus eines Schmugglers entdeckt und einbehalten. Laut des Small Arms Survey 2015 waren rund 70 Prozent der zwischen 2007 und 2012 konfiszierten illegalen Waffen in Philippinen Schusswaffen und rund 13 Prozent Granaten.

Insbesondere die illegale Aus- und Einfuhr von Waffen nach und aus Indonesien floriert, bedingt durch den Zugang beider Länder zur See. Aufgrund der geopolitischen Lage sind die Seegrenzen beider Länder schwer zu kontrollieren. Insbesondere die Rebell:innengruppen MILF, NPA und ASG sind an diesem illegalen Handel mit Waffen beteiligt. Auch innerhalb des Landes besteht aktiver Handel mit nicht registrierten Waffen. Ein Großteil davon geht in die muslimisch geprägte Konfliktregion Mindanao, wo die Waffen in die Hände der Rebell:innen gelangen.

Die Philippinen sind ein traditioneller Abnehmer von H&K-Waffen. Über korrupte Armee- und Polizeiangehörige sind zahlreiche dieser Waffen auf den Schwarzmarkt gelangt. Nach Informationen des Small Arms Survey schätzt die philippinische Regierung die Zahl der illegalen Waffen auf mehrere Hunderttausend. Laut Angaben der philippinischen Regierung gibt es derzeit rund eine Million registrierte – und demnach legale – Waffen auf den Philippinen. Die Zahl der illegalen Waffen wird auf rund 800.000 geschätzt. 2014 wurde daher ein Gesetz verabschiedet, welches den Besitz illegaler Waffen stärker bestraft. Auch der Waffenschmuggel soll dadurch eingedämmt werden.

Die Ratifikation des ATT weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren einige Fortschritte erzielt wurden – schließlich wurde der Vertrag unter anderem deshalb nicht früher ratifiziert, da der Integrationsprozess notwendiger Systeme und Rechtsvorschriften problematisch war. So wurden aber seit 2015 – unter anderem mit Unterstützung des European Union Outreach Programme, einem durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) durchgeführten Programms zur technischen Unterstützung von Ausfuhrkontrollsystemen – Erfolge erzielt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

In recent years, the Philippines has grappled with the challenges posed by the COVID-19 pandemic to its socioeconomic landscape. Under the Duterte administration, a COVID-19 task force dominated by police and military personnel adopted a forceful, security-oriented approach, often overlooking health considerations. This approach contributed to the Philippines recording the fifth-highest count of reported COVID-19 fatalities in Southeast Asia. The imposition of stringent and prolonged lockdowns resulted in a severe negative GDP growth rate of -9.5% in 2020, marking the region's most pronounced economic decline and one of the steepest in Asia. However, the subsequent years (2021 and 2022) suggest potential for a relatively robust recovery. The country boasts a stable banking sector, a moderate approach to financial and monetary policies, and some incentives for foreign direct investment, although these remain insufficient at present. Expert forecasts unanimously predict substantial economic expansion for the Philippines in the years ahead. Nevertheless, the persistent challenges of poverty and inequality continue to loom large.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/PHL>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

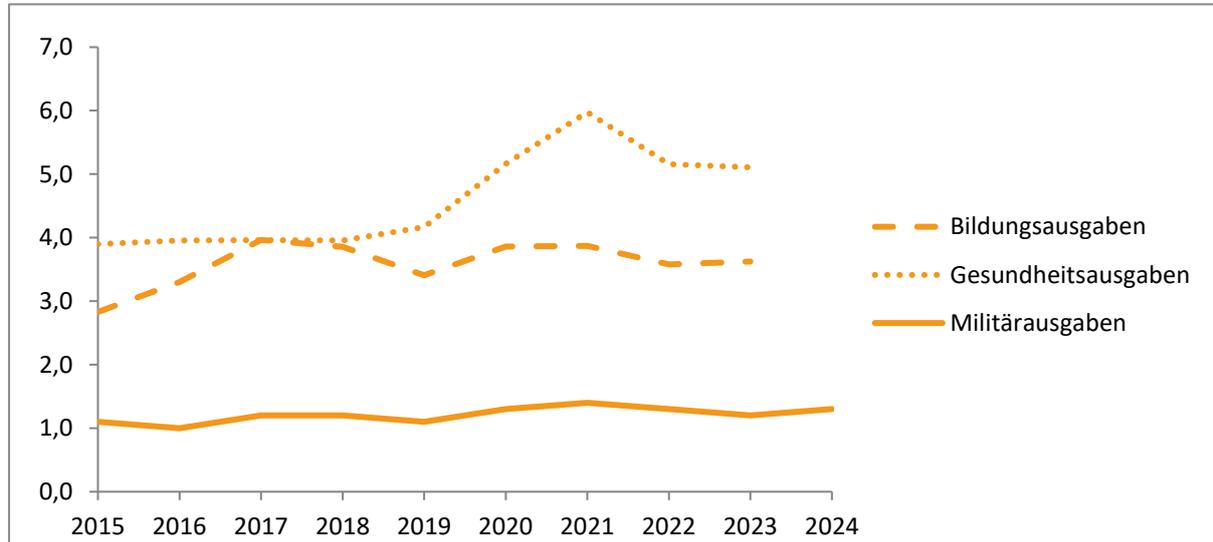
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4.879	5.505	5.524	5.143	6.097
Militärausgaben/BIP	1,3	1,4	1,3	1,2	1,3
Gesundheitsausgaben/BIP	5,2	6,0	5,2	5,1	-
Bildungsausgaben/BIP	3,9	3,9	3,6	3,6	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	83649	98504	106450	111233	121402
Anteil am BIP (in Prozent)	22,2	27,2	27	27,5	27,8
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	764,87	1261,73	1378,85	1481,22	-
Net ODA (% of GNI)*	0,2	0,35	0,38	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	32,02	31,34	16,58	27,11	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	61.9	64.1	65.3	64.3	63.5
Index-Platzierung	125	125	123	122	123

Tabelle 19**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2019	2020	2021	2022	2023
China	Militarisierungswert	83.6	84.3	84	80.8	81.8
	Index-Platzierung	99	102	102	103	102
Indonesien	Militarisierungswert	64.5	65.7	60	60.8	58.6
	Index-Platzierung	123	121	132	126	131
Malaysia	Militarisierungswert	84.8	86.8	87.1	84.7	79.6
	Index-Platzierung	98	100	99	97	103
Vietnam	Militarisierungswert	144.9	145.7	144.8	-	-
	Index-Platzierung	32	33	32	-	-

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2020	2021	2022	2023	2024
China	Militärausgaben (absolut)	259923	266692	278474	296821	317561
	Militärausgaben/BIP	1,8	1,6	1,6	1,7	1,7
Indonesien	Militärausgaben (absolut)	9856	8926	10236	11259	11214
	Militärausgaben/BIP	0,9	0,7	0,8	0,8	0,8

		2020	2021	2022	2023	2024
Malaysia	Militärausgaben (absolut)	3383	3543	3639	3925	4217
	Militärausgaben/BIP	1,0	1,0	0,9	1,0	1,0
Vietnam	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,708	0,699	0,690	0,714	0,720

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](https://data.undp.org/country-specific/)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung: Mit einem Bruttonationaleinkommen von 4.320 US-Dollar gelten die Philippinen als „lower-middle income country“. Der Staat weist keine außergewöhnlich hohe Auslandsverschuldung oder besondere Abhängigkeiten (etwa von Entwicklungsgeldern oder speziellen Wirtschaftssektoren) auf. Die Wirtschaft gilt als mittelmäßig diversifiziert und wettbewerbsfähig und als relativ krisenfest. Soziale Stressoren wie eine bislang wenig ausgeprägte Vulnerabilität sind die Philippinen jedoch in Bezug auf Naturkatastrophen. Aufgrund der stabilen Wachstumsraten könnte das Land in naher Zukunft dennoch zu einem „upper-middle income country“ aufsteigen. Auch die soziale Entwicklung liegt mit einem HDI-Wert von 0,720 am unteren Ende der Klasse der Länder mit einer hohen menschlichen Entwicklung. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben gelten mit 4,4 % bzw. 3,6 % am BIP nicht als besonders hoch – im Vergleich mit den ebenfalls niedrigen Militärausgaben (1,2 %) aber auch nicht als unangemessen niedrig. Eine Gefahr, dass überhöhte Militärausgaben die Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen, ist derzeit nicht gegeben.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 4.320 US-Dollar pro Kopf zählen die Philippinen zu den „lower-middle income economies“. Mit einer Auslandsverschuldung von 27,5% (gemessen am BIP) weist das Land keine außergewöhnlich hohen Schulden auf und nahm seit der letzten Schuldentilgung beim Internationalen Währungsfonds im Jahr 2006 keine weiteren Kredite mehr bei diesem in Anspruch. Mit einem Score von 61,9 Punkten im Global Competitiveness Index (2019) erreichten die Philippinen Rang 64 im entsprechenden Ranking, was auf eine mittelmäßige Wettbewerbsfähigkeit schließen lässt. Auch im Global Economic

Diversification Index liegt das Land knapp im vorderen Drittel. Forst-, Landwirtschaft und Fischerei machen rund 9,4 % des BIPs aus und stellen somit keinen Vulnerabilitätsfaktor dar. Ein wichtiger Sektor ist der Exportsektor, der rund 26,7gdp % des BIPs ausmacht und insbesondere durch Telekommunikationsdienstleistungen (24 %) und Elektronikartikel (ca. 30 %) geprägt ist. Daneben gilt der Exportsektor aber als stark diversifiziert, weshalb auch hier keine besondere Abhängigkeit von einzelnen Bereichen besteht und was auf eine gewisse Resilienz hinweist. Die Philippinen weisen zudem seit Jahren stabile Wachstumsraten auf (durchschnittlich 5 % BIP-Wachstum in den letzten 10 Jahren) und verzeichnen eine wachsende Mittelschicht. Die Covid-19 Pandemie stellte zwar einen enormen Schock für die Wirtschaft dar (Einbruch um 9,5 %), diese konnte sich jedoch sehr schnell wieder erholen. Es ist anzunehmen, dass die Philippinen in den kommenden Jahren die Schwelle zu der Gruppe der „upper-middle income economies“ (ab 4.465 Dollar Bruttonationaleinkommen pro Kopf) überschreiten wird.

Eine grundsätzlich größere Gefahr für die Philippinen sind Naturkatastrophen. So sollen rund 60% der Landfläche bzw. 74% der Bevölkerung Gefahren wie Überschwemmungen, Dürren, Wirbelstürmen, Erdbeben und ähnlichem ausgesetzt sein. Insbesondere Stürme dürften (durch die Lage im nordwestpazifischen Becken) im Zuge des Klimawandels zunehmen.

Soziale Entwicklung

Mit einem HDI-Wert von 0,720 liegen die Philippinen über dem Schwellenwert von 0,700, um nach den HDI-Kategorien als Land mit „hoher Menschlicher Entwicklung“ zu gelten. Damit liegt es etwas unter dem regionalen Durchschnitt. Zum Vergleich: Malaysia erreicht einen Wert von 0,819, Vietnam 0,766 und Indonesien 0,728. Deutschland erreicht einen Wert von 0,959. Im Gender Development Index erlangen die Philippinen einen Wert von 0,984, was bedeutet, dass beide Geschlechter in annähernd gleichem Maße von der Entwicklung des Landes profitieren, doch hat sich die Geschlechtergerechtigkeit im Vergleich zum Vorjahr etwas verschlechtert. Noch im Vorjahr galten beide Geschlechter als Gleichberechtigt mit einem Wert von 1,002. Regional gesehen zählen die Philippinen als Vorreiter. Mit einem Gini-Index von 40,7 sind die Einkommen grundsätzlich aber recht ungleich verteilt (ein Wert ab 45 gilt als sehr bedenklich). Gelder der Offiziellen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) machen 2021 rund 0,38 % des BNE aus. Hier bestehen demnach keine Abhängigkeiten.

In Bezug auf die Sustainable Development Goals liegen noch große Hürden vor den Philippinen – so belegt es derzeit den 98. von 166 Plätzen im SDG Index Ranking. Nur bei einem der 17 Ziele befinden sich die Philippinen auf dem Weg zur Zielerreichung bis 2030; lediglich ein Ziel (nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster) gilt bisher als erreicht. Rund 29,7 % der entsprechenden Indikatoren scheinen gar zu stagnieren oder leicht rückläufige Tendenzen aufzuweisen. Insbesondere beim Ziel 13 „Climate Action“ ist ein negativer Trend angegeben. 2021 lebten noch rund 3 % der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze (2,15 PPP-Dollar am Tag). Da dieser Wert im Jahr 2006 jedoch noch bei 14,9 % lag ist aber eine klar positive Entwicklung zu erkennen. Allgemein konnten einige Kennziffern (bspw. Lebenserwartung, durchschnittliche Schuldauer, Pro-Kopf-Einkommen) in den vergangenen Dekaden deutlich verbessert werden. Dennoch sind einige dieser Kennziffern hinter den zu erwartenden Werten zurückgeblieben: die Lebenserwartung bei der Geburt liegt bei 69,3 Jahren (weltweiter Durchschnitt: 71), die Alphabetisierungsquote bei 96,3 % (weltweiter Durchschnitt: 87

%), die Kindersterblichkeit von unter 5-Jährigen bei 25,7 pro 1.000 und die Müttersterblichkeit bei 78 pro 100.000 Lebendgeburten (weltweiter Durchschnitt: 38 bzw. 223). Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit gelten mit 2,2 % bzw. 5,4 % hingegen als sehr niedrig. Weitere soziale Stressoren – wie eine überdurchschnittliche Zu- oder Abwanderung, Bevölkerungswachstum, eine alternde Gesellschaft o.ä. – sind nicht gegeben.

Mit durchschnittlich 3,6 % Bildungs-, bzw. 4,3 % Gesundheitsausgaben (gemessen am BIP) in den vergangenen zehn Jahren, liegen die sozialen Aufwendungen deutlich höher als die Militärausgaben von durchschnittlich 1,2 % am BIP. Im Globalen Militarisierungsindex belegt das Land den 123. Platz und gilt somit als sehr schwach militarisiert. Dementsprechend kommt auch die BICC-Datenbank hinsichtlich des Kriteriums 8 des europäischen Standpunktes (Gefahr der Beeinträchtigung der Entwicklung durch unverhältnismäßige militärische Kapazitäten) zu der Bewertung „nicht kritisch“. Im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung des Landes besteht – trotz einer jüngsten Stagnation hinsichtlich mancher wichtigen Kennziffern – also keine Gefahr. Angesichts der großen sozialen Herausforderungen sind die Sozialausgaben aber relativ niedrig. Derzeit sind zudem zahlreichen Rüstungsbeschaffungen und eine Streitkräftenmodernisierung geplant, um auf die Spannungen im südostasiatischen Raum zu reagieren. Es ist daher davon auszugehen, dass die Rüstungsausgaben in Zukunft weiter steigen werden, was eine Neubewertung notwendig machen würde.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM August 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

